

Pressemitteilung Nr. 7

der Initiative kamas-stoppen.org

vom 03.10.2020

Weitere Klage im Zusammenhang mit der polizeilichen Videoüberwachung in Köln

Der Kläger gegen die polizeiliche Videoüberwachung in Köln hat am 01.10.2020 eine weitere Klage beim Verwaltungsgericht Köln gegen den Polizeipräsidenten eingereicht. Das wurde notwendig, weil sich die Polizei weigert, in angemessenem Zeitrahmen Auskunft zu erteilen, ob sie den Kläger bei einer antirassistischen Demonstration am 18.01.2020 auf dem Neumarkt gefilmt und die Aufnahmen gespeichert hat.

Das VG Köln soll die Polizei nun verurteilen, diese Auskunft zu erteilen. Zudem soll dem Kläger das Recht zugesprochen werden, die Protokolle der Videoanlage für die Zeit der Versammlung einsehen zu dürfen.

In einem anderen Fall hat die Polizei Köln inzwischen schriftlich eingestanden, eine Versammlung auf dem Ebertplatz am 14.11.2019 rechtswidrig über die polizeiliche Videoüberwachung des Platzes beobachtet zu haben. Grundsätzlich dürfen staatliche Stellen Versammlungen nicht filmen oder den Ton aufzeichnen, da Bürger*innen ansonsten von der Teilnahme an ihr abgeschreckt werden könnten. Das garantiert die Versammlungsfreiheit aus Artikel 8 Grundgesetz. Deshalb ist die Polizei verpflichtet, bei Versammlungen auch ihre stationäre Videoüberwachungsanlage vor Ort abzuschalten.

Das Datenschutzrecht gibt jedem Menschen das Recht, Auskunft über seine erhobenen und gespeicherten Daten zu erhalten. Das verpflichtet auch die Polizei, in der Regel innerhalb eines Monats Auskunft an betroffene Antragsteller*innen zu erteilen.

Zur grundsätzlichen Klage gegen die Videoüberwachung der Kölner Polizei und zu einem Eilantrag hat das Verwaltungsgericht Köln bis heute keinen Verhandlungstermin festgelegt. Er wird aber noch für dieses Jahr erwartet.

Bei Rückfragen können Sie sich an (...) unsere Initiative per Email unter info@kamas-stoppen.org wenden.

Das Eingeständnis der Polizei Köln zum 14.11.2019 kann auf unserer Webseite kamas-stoppen.org unter "news" eingesehen werden. Unsere Initiative hat das Ziel, die polizeiliche Videoüberwachung in Köln zum Schutz der Grundrechte wieder abzuschaffen und unterstützt deshalb auch die Klagen dagegen.

